

Verantwortlich:  
Bundesleitung  
dbb beamtenbund  
und tarifunion  
Friedrichstraße 169/170  
10117 Berlin



## Vertrauensbruch verhindern!

**Die Woche der Wahrheit:** Am 27. September 2010 veranstaltete der Innenausschuss des Deutschen Bundestags eine öffentliche Anhörung zum Bundesbesoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2010/2011. Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen lehnte, wie alle anderen geladenen Experten, die geplante „Verschiebung“ der gesetzlich zugesagten Rücknahme der Weihnachtsgeldkürzung aus dem Jahre 2005 für die Bundesbeamten und den geplanten Stellenabbau von bis zu 15 000 Stellen in der Bundesverwaltung entschieden ab. Am Donnerstag, dem 30. September, steht der Gesetzentwurf zur Beratung und zum Beschluss im Plenum des Parlaments an. Die Abgeordneten haben jetzt die Wahl: Entweder, sie winken die kurzsichtigen und kontraproduktiven Sparbeschlüsse der Koalition durch oder sie halten sich an ihre Zusagen und verhindern einen nachhaltigen Vertrauensverlust bei den Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten.

„Die Verweigerung der Rücknahme der Weihnachtsgeldkürzung aus dem Jahre 2005 ist ein glatter Vertrauensbruch der Bundesregierung und völlig unverständlich,“ so Heesen vor dem Innenausschuss. Die befristete Halbierung hatte die Große Koalition vor fünf Jahren als notwendigen Beitrag der Beamten zur Haushaltskonsolidierung betrachtet und sie zusammen mit einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit für Bundesbeamte von 40 auf 41 Stunden verabschiedet.

Damals wurde ausdrücklich vereinbart, eine der beiden Maßnahmen, nämlich die Halbierung des Weihnachtsgeldes zum 1. Januar 2011, zurückzunehmen. So stand es im Gesetz, und an diese Absprache hat sich bisher auch der Bundestag gehalten.

Die Kolleginnen und Kollegen in der Bundesverwaltung haben sich auf die „Vertragstreue“ der Regierung verlassen.

Heesen: „Die neuerliche Verschiebung der Rücknahme der Weihnachtsgeldkürzung auf Januar 2015 ist ein grober Vertrauensbruch. Ein Vertrauensbruch der Regierung gerade an den Menschen, die durch ihre tägliche Arbeit diesen Staat erst möglich machen, die für das Wohl der Bürger sorgen, die die Staatsfinanzen generieren, die Sicherheit gewährleisten, die Arbeit vermitteln und die im Ausland für Freiheit und Demokratie ihr Leben riskieren. Der Schaden wird groß sein: Glaubwürdigkeit von Politik geht verloren, Motivation wird zerstört und die Nachwuchsgewinnung wird erschwert.“

# Vertrauensbruch verhindern!

## Stellenabbau stoppen

Kurzichtig und fahrlässig ist auch die Absicht der Regierung, nochmal bis zu 15 000 Stellen beim Bund abzubauen. Erst recht, wenn dieselbe Koalition gleichzeitig durch ihre Sparbeschlüsse den Bediensteten immer neue Aufgaben aufhalst. Es gibt im deutschen öffentlichen Dienst keinen Personalüberschuss. Im internationalen Vergleich liegt der Beschäftigungsanteil beim Staat in Deutschland mit 12,6 Prozent sogar unter dem von Frankreich (24,1 Prozent), England (21,3 Prozent) oder den USA (16,3 Prozent).

Seit 1993 sind bereits 35 Prozent des Bundespersonals abgebaut worden. Ein weiterer Stellen- ohne gleichzeitigen Aufgabenabbau wird die Funktionsfähigkeit des Staates gefährden. Das ganze Ausmaß dieser Misere wird dann klar werden, wenn absehbar ist, wo die 15000 Stellen konkret

abgebaut werden sollen. Am Ende könnte ein Staat stehen, dessen Handlungsfähigkeit die Menschen grundsätzlich bezweifeln. Dann hätten die „Spar-Politiker“ unserem Gemeinwesen und unserer Demokratie einen wahren Bärenienst erwiesen.

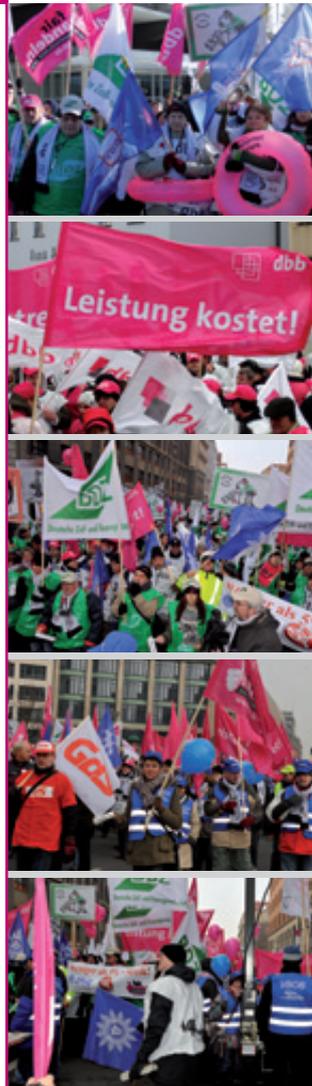
## Alternativen finden

Noch ist Zeit, und noch gibt es Alternativen. Ein Einsparvolumen von 500 Millionen in einem Haushalt von über 300 Milliarden zu erwirtschaften, ist durchaus machbar. Auf der Einnahmenseite muss es zunächst einmal darum gehen, wie der Staat endlich wieder in die Lage versetzt wird, die ihm ohnehin zustehenden Einnahmen auch zu realisieren. Bei der Zollverwaltung beispielsweise schieben wir über eine Million Vollstreckungsfälle vor uns her, die mangels Personal nicht abgearbeitet werden können. Allein darin liegt ein jährliches Einnahmenvolumen von 340 Millionen Euro.

**Wir erwarten keine Geschenke von der Politik.**

**Wir erwarten Ehrlichkeit und Vertragstreue von unseren Dienstherren.**

**Weg mit der Kürzung der Sonderzahlung und Schluss mit dem Stellenabbau!**



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion

### Bestellung weiterer Informationen

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Dienststelle/Betrieb

Beruf

Beschäftigt als:

- Tarifbeschäftigte/r
- Beamter/Beamtin
- Rentner/in
- Azubi, Schüler/in
- Anwärter/in
- Versorgungsempfänger/in
- Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten
- Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten
- Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.

dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin,  
Telefon: 030. 40 81 - 40, Fax: 030. 40 81 - 49 99  
E-Mail: post@dbb.de, Internet: www.dbb.de

Weitere Infos:  
[www.dbb.de](http://www.dbb.de)